

## Haushalt und Finanzen 2015

### Rede von Kämmerer und Kreisdirektor Joachim L. Gilbeau anlässlich der Einbringung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2015 am 05. November 2014 im Kreistag Coesfeld



(Redemanuskript, es gilt das gesprochene Wort !)

Herr Landrat,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

beginnen möchte ich meine Ausführungen mit einem Zitat aus der ZEIT vom 14. Juni 1968:

*„Wenn man im Flugzeug über Europa nach Afrika oder Asien fliegt, überquert man in wenigen Stunden Meere und Länder, die ein Schmelztiegel der Geschichte gewesen sind. In Minuten lässt sich der Weg Jahrtausende langer Wanderungen des Menschen überschauen; in Sekunden, nach flüchtigem Blick, lässt man Schlachtfelder hinter sich, auf denen Millionen von Menschen einst kämpften und starben. Man sieht keine nationalen Grenzen, keine tiefen Klüfte oder hohen Mauern, die Volk von Volk trennen; nur die Natur und die Werke des Menschen:*

*Häuser und Fabriken und Bauernhöfe, die überall die gemeinsamen Anstrengungen des Menschen widerspiegeln, sein Leben zu verbessern. Überall führen moderne Technik und moderne Kommunikationsmittel Menschen und Nationen näher zusammen, die Sorgen des einen werden mehr zur Sorge aller. Und unsere neugewonnene Nähe reißt die Masken ab, entlarvt die Illusion der Unterschiedlichkeit – die Wurzel von Ungerechtigkeit und Hass und Krieg.“*

Mit diesen Worten gab Robert Kennedy den Hoffnungen und Erwartungen einer ganzen Generation Ausdruck.

Heute nach über 40 Jahren müssen wir leider feststellen, dass die Globalisierung des Denkens und Handelns nicht nur positive Wirkungen gezeigt hat.

Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen in weiten Teilen der Welt haben Flüchtlingsströme gespeist, die nun vor unseren Toren stehen. Aufgrund krimineller Handlungen im Bankensektor manövriert die Wirtschaft in Europa immer noch nahe am Abgrund und Jugendlichen in ganz Europa wurde so die Chance auf eine erfolgreiche und sinnstiftende berufliche und familiäre Entwicklung gestohlen.

Dieser bedrückende Alltag ist im Kreis Coesfeld jedoch nicht Wirklichkeit:

- Mit einer Arbeitslosigkeit von 3,2 % befinden wir uns

nahezu im Zustand der Vollbeschäftigung.

- In der U-3 Betreuung liegen wir mit 47,6% vorne im Münsterland und weit über dem Landesdurchschnitt. Damit ermöglichen wir insbesondere einer Vielzahl von Alleinerziehenden die aktive Teilnahme am Erwerbsleben.
- Unser Engagement als Optionskommune hat alle Erwartungen übertroffen, die ich als Sozial- und Finanzdezernent bei der Einführung vor über 10 Jahren hatte.

Das gemeinsam mit den Kollegen Mische und Bleiker entwickelte Netzwerk aus Verwaltung, Unternehmenschaft, Leistungserbringern und Politik hat uns bundesweit in eine Spitzenstellung gebracht.

Die flächendeckende dezentrale Anbindung der damals noch allgemein verständlich definierten „Zentren für Arbeit“ hat diesen Erfolg noch beflügelt und sollte den Bürgermeistern auch für andere Aufgabenbereiche Anlass sein, die Zusammenarbeit in der Region gemeinsam mit dem Kreis voran zu bringen.

Tagtäglich stellen wir in unserer Arbeit unter Beweis, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger mitnehmen auf den Weg in ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben; anders als die Rot-Grüne Landesregierung von der man sich in vielerlei Hinsicht und trotz gegenteiliger Behauptung als Verwaltung – aber auch als Bürger – auf den „Arm genommen fühlt“.

Mit dem Ausbau unserer Berufskollegs, der im nächsten Jahr mit zahlreichen Maßnahmen am Pictorius-Berufskolleg fortschreiten wird, setzen wir ein deutliches Zeichen für unsere Jugend und der Bedeutung von Bildung als Chance und Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg unserer Region. Auf die besondere Bedeutung unseres langjährigen Projektes „Berufsnavigator“ hat der Landrat bereits hingewiesen.

Diese Teilhabe lassen wir aber auch denjenigen zukommen, die über Handicaps verfügen und einer besonderen Zuwendung und Fürsorge bedürfen.

Gemeinsam mit dem LWL und dem Kreis Borken haben wir erhebliche finanzielle Anstrengungen für die Einrichtungen Haus Hall unternommen, um die Integration in unserer Region zu fördern.

Diesen Prozess werden wir auch im kommenden Jahr fortsetzen und es würde mich persönlich sehr freuen, wenn es gelänge die Astrid-Lindgren- Schule in zukünftig freiwerdende Schulräume an zentraler Stelle im Kreisgebiet umzusiedeln, um unsere Jugendlichen angemessen und ortsnäher beschulen zu können.

Die Anmietung geeigneter und frei verfügbarer Schulräume ist eine ökonomisch vernünftige Investition und hat sich bereits in der Vergangenheit bewährt.

Investitionen in Bildung fallen so nicht der Abrissbirne zum Opfer und die kommunalen Kassen bleiben von höherem Aufwand verschont.

Vor dem Hintergrund der ständigen Diskussion um die Höhe der Kreisumlage kann ich die zur Zeit geführte Diskussion um die Übernahme einer Förderschule-Lernen durch den Kreis Coesfeld zum Schuljahr 2015/16 nur mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen.

Der Versuch der Bürgermeister Kosten auf den Kreis zu verlagern ist offensichtlich und ich bin nicht bereit - ähnlich wie bei den Aufwendungen für Kindertagesstätten – anschließend dafür politisch an den Pranger gestellt zu werden, wenn diese „aufoktroierten“ Kosten später steigen. Politik und Bürgermeister haben bekanntermaßen ein Kurzzeitgedächtnis, wenn es um die Folgen früher getroffener Entscheidungen geht. Verwaltung kann und darf nicht als Sündenbock dienen; zumal schon zeitnah die Schließung eines Teilstandortes aufgrund geringer werdenden Schülerzahlen droht.

Allerdings kann ich den Wunsch nach einer Konzentration für die Förderschulen-Lernen grundsätzlich verstehen und nachvollziehen, befinden wir uns doch landauf landab in der schwierigen Diskussion um die Gestaltung des Inklusionsprozesses. Hier wird das Land nach Auffassung vieler Fachleute und Eltern seiner Gestaltungsaufgabe nicht gerecht und lässt die kommunalen Schulträger finanziell im Stich. Politisch formulierte Förderziele stehen in Konkurrenz zu den berechtigten Interessen der Eltern an qualifizierter und individueller Förderung ihrer Kinder. Eine hochmotivierte Lehrerschaft fühlt sich im Stich gelassen mit ihrer verantwortungsvollen Aufgabe und vermisst die notwendige Anerkennung. Die Schulträger wissen nicht, wie sie die mit der Inklusion verbundenen Lasten finanziell schultern sollen.

Wenn Nordrhein-Westfalen den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung im Bundesgebiet nicht verlieren will, muss im Interesse unserer Kinder eine pragmatische und ideologiefreie Schul- und Bildungspolitik Einzug halten.

Das aktuelle Beispiel zum Thema G8/G 9 zeigt, dass die Irrungen und Wirrungen in Schulfragen sich eben nicht durch sogenannte ‚Runde Tische‘ lösen lassen.

Selbst die Nachwuchsorganisationen der die Landesregierung tragenden Parteien stellen Presseberichten zufolge die Ergebnisse dieses ‚Runden Tisches‘ nicht ohne Grund und im Interesse unserer Jugend in Frage. Bildung und Teilhabe sind wesentliche Eckpfeiler für die Entwicklung unserer Zukunft.

Im Folgenden möchte ich mich nun kurz einigen Themen des Kreishaushaltes zuwenden:

Aus verschiedenen Bereichen wird immer wieder unterschwellig der Vorwurf erhoben, dass in die Haushalte des Kreises gewisse „Polster“ eingeplant werden, die letztlich aber nicht benötigt würden. Die vorliegenden Jahresabschlüsse sprechen da eine andere Sprache.

Seit der Umstrukturierung auf das NKF im Jahr 2008 lagen die Abweichungen in einem Rahmen zwischen 0,25 und gut einem Prozent. Damit wird deutlich, dass die Jahresergebnisse nur marginal von den geplanten Gesamterträgen bzw. -aufwendungen abweichen. Im Mittel ergibt sich sogar nur eine Abweichung von 0,94 Prozent. Der Vorwurf einer „zu großzügigen Planung“ dürfte damit widerlegt sein.

HJ	Ansatz		Abrechnung	Abweichung Abrechnung Jahresergebnis zu Ansatz fortgeschriebenes Jahresergebnis		
	Jahres- ergebnis	fortgeschr. Jahresergebnis	Jahres- ergebnis	absolut	Verhältnis zu Gesamterträge (Ansatz)	Verhältnis zu Gesamt- aufwendungen (Ansatz)
	€	€	€	€	%	%
2009	-159.117	-1.081.746	-490.445	591.301	0,25	0,25
2010	-1.573.803	-1.573.803	1.299.796	2.873.599	1,18	1,17
2011	-2.043.121	-2.043.121	573.015	2.616.136	1,07	1,06
2012	-2.176.047	-2.657.656	173.341	2.830.997	1,13	1,12
2013	0	-15.026	2.807.780	2.822.806	1,09	1,09

Eine weitere positive Entwicklung wird bei der Betrachtung des Schuldenstands des Kreises Coesfeld deutlich.

Während die Schuldenstatistik im Jahr 2005 noch einen Schuldenstand in Höhe von 36,4 Mio. € ausweist, beträgt er aktuell 29,8 Mio. € und wird unter Berücksichtigung des heute eingebrachten Haushaltsentwurfs bis Ende 2015 noch geringfügig sinken. Damit wird es auch in 2015 – wie vom Landrat bereits dargelegt – keine Nettoneuverschuldung geben.

Sehr erfreuliche Entwicklungen sehen wird auch im Bereich der WBC. Im Bereich der Abfallwirtschaft und bei den Abfallgebühren ist sie beispielhaft. Dank der vorausschauenden Arbeit der Wirtschaftsbetriebe Kreis Coesfeld GmbH (WBC) in den zurückliegenden Jahren hat die Verwertung im Kreis Coesfeld einen deutlich höheren Stellenwert gegenüber der Beseitigung eingenommen. Mit einer Verwertungsquote von über 77 % hat der Kreis Coesfeld einen Spitzenplatz in NRW. Der deutlich überwiegende Anteil der anfallenden Abfälle aus Haushalten wird somit im Kreis Coesfeld verwertet (ca. 382 kg je Einwohner und Jahr). Beseitigt werden müssen nur ca. 112 kg Restabfall je Einwohner und Jahr. Seit 2013 ist so die 3. Senkung der Abfallgebühren in Folge möglich. Für 2015 ist eine Absenkung der Grund-, Restabfall- und Bioabfallgebühren vorgesehen. Damit steht der Kreis Coesfeld auch im Vergleich zu den Nachbarkreisen – die zum Teil eine deutliche Anhebung der Abfallgebühren planen – gut da.

Der Kreis Coesfeld nimmt seine Vorbildfunktion wahr und leistet auch über die kreiseigenen Gesellschaften WBC und GFC einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Mit der Anlage zur Gasaufbereitung und Einspeisung von aus Bioabfällen erzeugtem Biogas in das Erdgasnetz nimmt er sogar eine Vorreiterrolle ein. Die Nutzung des Bioabfalls als erneuerbarer Energie zur Strom- und Wärmeenergiegewinnung spart jährlich etwa 5.000 Tonnen CO<sub>2</sub> ein. Mit der Biogasenergieausbeute von 17 – 23 Mio. kWh können bis zu 1.400 Standardhaushalte mit Wärmeenergie versorgt werden. Die GFC plant dabei für das Jahr 2015 einen Jahresüberschuss von ca. 100.000 € ein.

Aber auch mit der Freiflächen-Photovoltaik-Anlage auf der ehemaligen Deponie Coesfeld-Flamschen nimmt der Kreis Coesfeld den Klimaschutz als Zukunftsaufgabe an.

Bei einem durchschnittlichen Wirkungsgrad von 900 kWh/kWp produziert die Anlage mit einer Leistung von 1,07 MWp im Jahr ausreichend Strom, um ca. 200 Vierpersonenhaushalte zu versorgen. Seit Inbetriebnahme im Juni 2011 wurden mehr als 2,7 Millionen kWh in das öffentliche Stromnetz eingespeist und dabei mehr als 1.900 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Die Anlage erwirtschaftet dabei Jahres-Einspeiseerlöse von über 200.000 €.

Darüber hinaus betreibt die WBC an der Deponie Coesfeld-Höven ein Blockheizkraftwerk (BHKW). Das anfallende Deponiegas wird verwertet und zur Stromerzeugung genutzt.

Mit dem BHKW werden zur Zeit jährlich ca. 1 Mio. kWh Stromenergie auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) erzeugt.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der Kreis verpflichtet ist, die bisherigen Abfallentsorgungsanlagen nach dem Stand der Technik stillzulegen und im Rahmen der Nachsorgephase zu überwachen.

Für den Kreis Coesfeld trifft dies für nachfolgende Abfallbehandlungsanlagen zu:

- Deponie Ottmarsbocholt
- Deponie Flamschen
- Deponie Höven

Zur Finanzierung dieser Aufwendungen hat der Kreis Coesfeld für die Stilllegung und nachrangig für die Nachsorge der Deponien während der aktiven Deponierungsphase Rücklagen gebildet, die die geplanten Investitionskosten von rd. 25,4 Mio. € abdecken.

Eventuelle Mehraufwendungen im Bereich der Nachsorge, die nicht über die Rücklage abgedeckt sind, werden aus laufenden Gebühreneinnahmen finanziert.

Nachdem die Entwicklung der Rücklagen den Rückstellungsbetrag erreicht hat, fließen ab 2015 Zinserträge aus der Rücklage in die Berechnung der Abfallgebühren ein, um somit eine weitere Gebührenstabilisierung zu erhalten.

In 2015 werden aus den vorgenannten Gründen sowie durch Vertragsneugestaltungen die Gebühren weiter sinken. Die Entlastung der Bürger beträgt ca. 313.000 €, wenn man dazu noch die Entnahme aus der Gebührenausschleichsrücklage nimmt, sprechen wir von einer Entlastung von ca. 550.000 €.

Anzumerken ist, dass nach derzeitigem Kenntnisstand im Münsterland entweder von gleichbleibenden bis z.T. stark steigenden Abfallgebühren (MS, BOR) auszugehen ist.

Mit Robert Kennedy möchte ich enden:

*„Unsere Zukunft mag außerhalb unseres Gesichtskreises liegen, aber sie liegt nicht gänzlich außerhalb unserer Kontrolle.“*

Machen wir das Beste daraus und lassen Sie uns in einen kritischen Dialog treten

- - -